

„Entfesselt die Wirtschaft“

Entfesselt die Wirtschaft. Auf diesen Nenner lässt sich die Botschaft des neuen Arbeitgeberpräsidenten Rainer Dulger bringen. Im Interview mit Redakteur Uwe Westdörp übt er zugleich scharfe Kritik an den Herstellern von Corona-Impfstoffen.

Herr Dulger, Sie fordern, „über die Zeit nach Corona“ zu reden. Sie drängen auf eine „Entfesselungsoffensive“. Was genau heißt das?

Bisher ist es doch so, dass sich regelmäßig 16 Ministerpräsidenten, die Kanzlerin und ein paar Virologen zusammensetzen, um über die nächsten drei Wochen zu entscheiden. Die Politik muss aber auch eine langfristige Strategie erarbeiten, anstatt weiter kurzfristig auf Sicht zu fahren. Und nach wie vor fehlt die angemessene Berücksichtigung der Sichtweise aus der betrieblichen Praxis. Die gemeinsame Frage, die es jetzt zu beantworten gilt, ist doch: Wie geht es nach Corona weiter?

Setzen wir mal voraus, die Operation wird gelingen... Lassen Sie mich bei dem Sprachbild bleiben: Wenn der Patient geheilt ist, muss er noch in die Reha, um wieder zu vollen Kräften zu kommen. Auch mit der Wirtschaft wird das so sein. Viele Betriebe haben ihre Reserven aufgebraucht, viele sind angeschlagen. Deswegen brauchen wir jetzt und nicht erst in ein paar Wochen die Diskussion über eine Post-Corona-Strategie. Und es ist gut, dass Kanzleramtsminister Helge Braun das Thema diese Woche angesprochen hat. Wir müssen vorbereitet sein, wenn es dann so weit ist.

Was gehört hinein in die Strategie? Klar ist, dass die Sozialsysteme in der Krise enorm belastet worden sind. Die Herausforderung ist ähnlich groß wie nach der deutschen Wiedervereinigung. Aber es wäre total falsch, wenn die Regierung nach Corona die Sozialabgaben – oder gar die Steuern – erhöht. Stattdessen müssen wir alles dafür tun, dass die Wirtschaft wieder brummt. Nur dann füllen sich die Sozialkassen wieder. Wir müssen die Lohnnebenkosten bei 40



„Brauchen mehr Flexibilität“: Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger. Foto: Wolfgang Kumm/dpa

Prozent der Löhne und Gehälter begrenzen, und zwar in einem nicht änderbaren Gesetz. Es muss sichergestellt werden, dass die Grenze in den kommenden Jahren nicht wieder verrückt werden kann. Es reicht nicht, bis zum Ende der Legislaturperiode etwas zu versprechen. Wir brauchen schon vorher eine Entfesselungsoffensive für die Wirtschaft.

Welche weiteren Fesseln gilt es abzustreifen? Dringend vermeiden müssen wir zum Beispiel den immer wieder geforderten Rechtsanspruch auf Homeoffice. Problematisch ist und bleibt auch das geplante Lieferkettengesetz. Die deutsche Wirtschaft steht hier für Transparenz und selbstver-

ständig auch für die Einhaltung von Menschenrechten. Man kann Unternehmen aber nicht für die Einhaltung aller Rechte in der gesamten Lieferkette haftbar machen. Wir brauchen stattdessen auch machbare Lösungen. In eine Entfesselungsoffensive gehört auch das Thema Nachhaltigkeit: und zwar nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial. Nachhaltiges Wirtschaften einer Volkswirtschaft gelingt nur mittels konsolidierter öffentlicher, leistungsfähiger Sozialsysteme. Und Nachhaltigkeit ist eben vor allem eine Frage von Generationengerechtigkeit. Haushalt und soziale Sicherungssysteme müssen dauerhaft tragfähig sein und nicht nur bis zum nächsten Wahltermin.

Die Agenda 2010 reicht nicht mehr, sagen Sie. Worauf zielt das? Ja, der Wirtschaftsstandort Deutschland muss wieder fit gemacht werden. Wir brauchen dringend mehr Flexibilität in der Arbeitswelt. Wir sehen ja gerade in der Krise, wie wichtig das ist. Es gibt das Sprichwort: Ein stark verwurzelter Baum kann umgeweht werden, ein Baum, der sich im Wind flexibel biegt, den wird der Wind kaum umwerfen. Deswegen ist Flexibilität gefragt in Krisen – und auch nach Krisen. Flexibilität ist die neue Sicherheit. Was wir also brauchen, ist mehr Bereitschaft, sich dem Wandel zu stellen und sich auch selbst weiterzuentwickeln!

Und das heißt? Ganz einfach: Wir müssen weg von einer starren Stechuhr-Mentalität, weg von starren Arbeitszeitgesetzen, die aus der Zeit von Telefax und Telefonwählscheibe stammen. Die Menschen wollen heute flexibel arbeiten. Die Arbeit sollte sich jeder selbst einteilen können, so gut das geht – und in Absprache mit seinem Arbeitgeber.

Es gibt Streit um die Impfungen. Verfolgen wir die richtige Strategie? Wir brauchen mehr Vertrauen beim Thema Impfen in der Bevölkerung. Der Staat muss hier mehr Vertrauen schaffen, indem er deutlich besser informiert. Es muss klar kommuniziert werden, was die Impfungen bewirken. Man könnte dafür zum Beispiel fünf Minuten vor den Abendnachrichten im Fernsehen reservieren und darüber informieren, wie wichtig es ist, sich impfen zu lassen. Es wäre zudem ein Vertrauen stärkendes Signal, wenn sich zum Beispiel die Bundeskanzlerin oder der Bundespräsident öffentlich impfen lassen würde. Hier geht es nicht darum, dass sich da jemand einen Vorteil verschafft, sondern um das große Ganze und darum, Vorbild zu sein. Fakt ist auch: Wir bewältigen diese Krise nur, wenn wir konsequent durchimpfen.

Zurzeit fehlt es jedoch an Impfstoffen ... Die Hersteller der Impfstoffe haben viele Versprechungen nicht gehalten. Da muss auch mal Druck aufgebaut werden. Manche Akteure erfüllen in meinen Augen nicht das Bild eines ehrbaren Kaufmanns.